

Wir wollten diese Maßnahmen nicht. Wir haben lange damit gewartet. Immer und immer wieder kamen von unserem Staat Vorschläge für Verhandlungen, um alle Fragen, auch die Fragen über den Abschluß eines Friedensvertrages, auf diese Weise zu lösen. Aber Bonn lehnte ab. Westberlin lehnte ab. Sie störten und probvozierten. Jetzt kam die Quittung. Das geht zu ihren Lasten, wie immer derjenige schuldig ist, der herausfordernd und unvernünftig handelt.

Aktionsradius eingengt

Unsere Maßnahmen haben durchaus den gewünschten Erfolg gezeitigt. Der Aktionsradius Westberlins wurde eingengt. Der Kriegsgefahr in Deutschland wurde somit begegnet. Es war gleichzeitig eine Lektion, die den Herren in Westberlin und Bonn vor Augen führte, daß es so, wie sie es wollen, nicht geht. Wollen sie eine Regelung strittiger Fragen, dann müssen sie sich auf jeden Fall zu Verhandlungen bequemen. Mit dem Schritt vom 13. August sind die Chancen dafür größer geworden, weil den Kriegstreibern ihre Grenzen deutlich vor Augen geführt wurden. Daß die Chancen gewachsen sind, bestätigen auch erste Verlautbarungen aus westlichen Ländern. Es ist offensichtlich, daß die Maßnahmen unserer Regierung, die in Übereinstimmung mit den übrigen Regierungen der Warschauer Vertragsstaaten erfolgten, die Westmächte nochmals nachdrücklich an das tatsächliche Kräfteverhältnis in der Welt erinnern haben.

So dürfte nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein, daß, wie die amerikanische Nachrichtenagentur AP unter Berufung auf diplomatische Kreise berichtet, in den drei westlichen Hauptstädten überlegt wird, „ein Angebot über eine Konferenz auf hoher Ebene zum Berlin-Problem zu formulieren. Wie verlautet“, heißt es weiter, „sind alle drei Westmächte in zwischen der Meinung, daß man verhandeln müsse.“ Das beweist einmal mehr, daß alle unsere Schritte der Erhaltung des Friedens dienen, daß die Maßnahmen vom 13. August und die Bemühungen um den Abschluß eines Friedensvertrages **Zusammenhängen**.

Bei aller Wirksamkeit der Argumente, bei aller Erkenntnis für die Gefährlichkeit des Bonner Systems, wird dennoch gefragt: Warum treibt Bonn zum Kriege, die Mehrzahl der westdeutschen Arbeiter und Bauern will doch sicherlich auch keinen Krieg? Die westdeutschen Arbeiter und Bauern nicht. Das stimmt. Sie werden aber nicht gefragt. Sie haben im Staat nichts zu sagen. Bestimmen tut, wer die wirtschaftliche Macht hat: das sind die Konzernherren, die Bankherren, die Hitlergenerale und ihre Lakaien. Und diese Herren profitieren von Krieg und kapitalistischer Herrschaft. Sie produzieren um des Profits willen. Alles soll Profit bringen. Auch die Aufrüstung. Im übrigen geht es ihnen um ihre enteigneten Betriebe und Ländereien in der DDR, in Polen und der CSSR, es geht ihnen darum, den Siegesmarsch des Sozialismus aufzuhalten. Deshalb wollen sie den Krieg.

Und die Arbeiter und Bauern in der DDR? Ihnen kann ein Krieg genauso wenig geben wie ihren westdeutschen Klassengenossen. Im Gegensatz zu ihnen jedoch sind sie im Besitz der wirtschaftlichen Macht und bestimmen damit die Politik. Sie können deshalb ihren Friedenswillen durchsetzen. Deshalb geht von der DDR auch der Frieden aus.*

Frieden ist Volkes Wille

Der entscheidende Grund für die unterschiedliche Haltung beider Staaten zur Frage Krieg und Frieden hängt also damit zusammen, daß sich hier die wirtschaftliche und politische Macht in den Händen der Arbeiter und Bauern, der Mehrheit des Volkes, drüben aber in den Händen der Kapitalisten, einer Minderheit des Volkes, befindet.

*

Es ist verständlich, daß das Gespräch im VEB Funkwerk I in Berlin-Köpenick nur Auftakt zu weiteren Aussprachen sein konnte. Sie sind um so wichtiger, als sie dazu beitragen, in politischen Grundfragen Klarheit zu schaffen. Das hilft unseren Menschen, sich leichter und besser zu orientieren und zu erkennen, daß die Deutsche Demokratische Republik und der Frieden zusammengehören. M. G.